

(Englands Oberhaus verabschiedet „Gleichmacher-Gesetz“ – UB)

Montag, 18. Juni 2007 16:53

Leugnung der Homo-Diktatur zwecklos

Was mit der Forderung nach Toleranz begann, endet Schritt um Schritt in Repression, Diskriminierung sowie in der Verfolgung des Christentums und der Religionen.



Homo-Auflauf in Rom am Samstag

(kreuz.net) Am 21. März 2007 wurden das „**Gleichheitsgesetz, Regelungen zur sexuellen Orientierung**“ – **Equality Act, Sexual Orientation Regulations** – vom Britischen Oberhaus angenommen. Die meisten Religionsgemeinschaften des Landes bedauerten diese Entscheidung.

Das berichtet die Britische ‘Evangelische Allianz’ Anfang April [auf ihrer Webseite](#).

Die Religionsgemeinschaften sehen darin den Anfang einer Reihe repressiver, ideologisch motivierter Gesetze, die letztlich die Gewissens- und Glaubensfreiheit einschränken und den Menschen eine „neue Moral“ aufzwingen.

Die Britische Regierung widersetzte sich allen Versuchen, Ausnahmebestimmungen zu Gunsten der persönlichen Gewissensfreiheit in das Gesetz aufzunehmen.



Homo-Auflauf in Rom, 17.6. 2007

Klicken Sie auf das Bild, um die Fotomeile mit 8 Bildern zu starten.

Die neuen Bestimmungen fordern zum Beispiel, daß Dienstleistungen in derselben Qualität, Art und zu denselben Bedingungen gegenüber allen Menschen – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung – zu erbringen sind.

Was zunächst vernünftig klingt, erweist sich näher betrachtet als äußerst problematisch.

Aus Gewissensgründen zurückgetreten

So sind **christliche Adoptionsagenturen** von dieser Bestimmung besonders betroffen. Bis Ende 2008 müssen sie Kinder auch an Homo-Paare ausliefern.

Zwanzig Standesbeamte sind bereits zurückgetreten oder sie wurden entlassen, weil sie sich aus Gewissensgründen weigerten, Homo-Paarungen in der sogenannten Zivilpartnerschaft zu trauen.

Unklar ist noch, ob das Verbot der Diskriminierung im Bildungswesen auch den Lehrplan christlicher und anderer religiöser oder privater Schulen betreffen wird.

Einige Juristen befürchten, daß die vage Formulierung im Gesetz, daß „sonstiger Schaden“ zu vermeiden sei, so ausgelegt werden könnte, daß christliche Schulen ein Sexualleben innerhalb und außerhalb der Ehe, natürliche und Homo-Beziehungen als gleichwertig darstellen müssen. Eine Vermittlung biblischer, christlicher Werte wäre damit verboten. Regierungsjuristen haben sich bereits in diesem Sinn ausgesprochen.

Die Parlamentarierin Baroness Elizabeth Andrews hat sich im Oberhaus offen dafür stark gemacht, daß es Lehrern gesetzlich untersagt sein sollte, den Schülern zu vermitteln, daß die Homo-Unzucht falsch sei.

Und die Christen?

Ebenfalls problematisch ist eine neue Gesetzesbestimmung, wonach es verboten ist, jemanden zu lehren oder zu veranlassen oder selber zu versuchen, „unrechtmäßige Diskriminierung“ vorzunehmen.

Folglich könnte ein Priester oder Pastor, der lehrt, daß Homo-Handlungen mit der christlichen Moral unvereinbar sind, gerichtlich verfolgt werden.

Die neuen Tendenzen in der Britischen Gesetzgebung deuten darauf hin, daß das Recht auf einen Homo-Lebensstil höher bewertet wird, als das Recht, in der Öffentlichkeit als Christ zu leben.

In der neuen Hierarchie der Rechte steht die Religion weit unten. Toleranz scheint zu bedeuten, daß alles erlaubt ist – außer religiöse Überzeugungen, die mit aller Macht ins Kämmerlein des Privatlebens verbannt werden.

Die Britische ‘Evangelische Allianz’ erklärt, daß es jetzt wichtig sei, den konstruktiven Dialog mit der Regierung fortzusetzen, um eine Anwendung des Gesetzes zu erreichen, bei der alle Bürger fair behandelt und gleichzeitig die Gewissens- und Religionsfreiheit als Grundfreiheiten gewahrt bleiben.